

„Im Auftrag und Interesse des amerikanischen Imperialismus und im Einklang mit den deutschen Monopolisten“?

Die Rolle der Gewerkschaften in den 1950er Jahren

Einleitung

Das Zitat, unter das ich meinen Beitrag gestellt habe, stammt aus der berühmt-berüchtigten These 37 des KPD-Parteitags von 1951.¹ Wir stehen derzeit vor der politischen Aufgabe, die Arbeiterbewegung aus der Integration in den Kriegs- und Krisenkurs des deutschen Imperialismus herauszulösen, wobei dem Kampf um die Gewerkschaften eine herausragende Rolle zukommt.² Unser Ringen darum steht objektiv in der Kontinuität der Bemühungen der KPD, den Nachkriegskonsens zu verteidigen, den Kampf gegen die Remilitarisierung zu führen, die Frage, wie für diese richtigen Zielstellungen die Mehrheit der Arbeiterklasse gewonnen werden kann, wie die Gewerkschaften gewonnen werden können, und auch, was die Fehler der KPD, konkret anhand der These 37 waren, was die Gewerkschaften vom Kampf gegen die Remilitarisierung abgehalten hat, sind insofern brennend aktuelle Fragen.

Die KPD orientierte darauf, der Aggressivität und dem Antikommunismus der Adenauer-Regierung durch Fokussierung zu begegnen, Otto Klock orientiert im Theorieorgan der KPD, der „Wissen und Tat“ im Sommer 1950:

„Unsere Gegner versuchen, alle Fragen als isolierte Fragen darzustellen. Sie wollen, dass wir heute Lohnraub sehen, morgen Zeitungsverbote, übermorgen Kriegsgefangenenfragen, den nächsten Tag Gerichtsverfahren gegen deutsche Patrioten – auf diese Art wollen sie uns hin und her zerren, damit unsere Kraft verzettelt wird und nicht zur Entfaltung kommt. Arbeiten wir aber nach einem bestimmten Plan, so wird diese Methode unserer Feinde wirkungslos, dann wird uns das auch ein übriges Mal helfen, alle Fragen als Bestandteile ein- und derselben Sache zu sehen, dann wird alles, was der Gegner tut, nur die Richtigkeit dessen beweisen, was wir entsprechend unserem Plan an die Bevölkerung herantragen. Wenn es uns gelingt den Kampf um den Frieden als Hauptpunkt auf die Tagesordnung zu setzen und ständig breit und kämpferisch in der Bevölkerung zu diskutieren, dann kann der Gegner machen was er will, was er sagt und tut wird ihn nur selbst entlarven und der Bevölkerung beweisen, wie recht wir haben, wenn wir den Kampf um den Frieden als die Hauptaufgabe stellen. Es ist klar, dass wir das Gesetz des Handelns nur durch planmäßige Arbeit an uns reißen können.“³

1 Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD. Entschließung des Münchener Parteitags, 3.-5.3.1951, ediert in: Günther Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945-1968. Dokumente, Neuss 1989, S. 335-380, hier S. 355-357.

2 Widerstand gegen Militarisierung und Sozialabbau organisieren – Wir kämpfen für Heizung, Brot und Frieden. Handlungsorientierung, beschlossen auf dem 26. Parteitag der DKP, Frankfurt am Main 2025, uz-blog, 14.7.2025.

3 Otto Klock: Über einige Schwächen der Massenagitation unserer Partei, in: Wissen und Tat, 8-9/1950, S. 34-40, hier S. 38.

Zerbrochener Nachkriegskonsens

Der von den Alliierten der Antihitler-Koalition ausgearbeitete, weitgehend von den Akteuren der Arbeiterbewegung mitgetragene antifaschistische Nachkriegskonsens, etwa von Potsdam zerbroch Mitte 1946, von diesem Zeitpunkt an orientierten die Westalliierten auf den Aufbau eines eigenen, westdeutschen Frontstaates.⁴ In den Gewerkschaften der Nachkriegszeit wirkten so zwei Kräfte, zum einen der Anspruch, kommend aus den Nachkriegstagen, die Produktion selbst und ohne die belasteten Kapitalisten in Gang gesetzt zu haben und davon ausgehend nach größeren Organisationsmöglichkeiten und antifaschistischen Umgestaltungen zu streben,⁵ die bestätigt wurden durch das Gesetz Nr. 22 des Alliierten Kontrollrates, dass die Betriebsräte zu Aktivisten der Entmilitarisierung, des Kampfes gegen militaristische und faschistische Umtriebe und gegen die Arbeitslosigkeit machte.⁶ Es ist bezeichnend, dass in Vorbereitung und Umsetzung des Betriebsverfassungsgesetzes dieses Gesetz aufgehoben wurde. Auf der anderen Seite standen, teilweise im Exil in den USA ausgebildete Kader der sozialdemokratischen und sozialpartnerschaftlichen Orientierung, die zB die links geratene Sozialistische Freie Gewerkschaft in Hamburg zusammen mit den Besatzungshörden auflösten. Löwenthal und Tarnow⁷ entwickeln eine Konzeption, die „demokratischen Sozialismus“ als Einbindung in das „Lager der Demokratie“ (den Westen) gegen das „totalitäre Lager“ (den Osten) verstehen. Ihr Antikommunismus untergräbt systematisch die Lehren aus Faschismus und Krieg,⁸ sie erhalten massive ideologische wie materielle Schützenhilfe der USA.⁹

Insgesamt wurde die Idee der Einheitsgewerkschaft als die „kommunistischen Zielen dienende“ Organisationsform bezeichnet und soweit es ging, politisch bekämpft. Die Gründung eines gemeinsamen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Einschluss des FDGB wurde verhindert, die westdeutschen Verbände fügten sich in die Struktur der Bi- und Trizone und dann der BRD und brachen die Kontakte zum FDGB weitgehend ab.¹⁰ Der Kampf zwischen beiden Richtungen wurde vor allem um die unmittelbaren Interessen, um Lebensmittelrationen, die Ingangsetzung von

4 Anne Weiß-Hartmann, Wolfgang Hecker: Neuordnung oder Restauration – die Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit (1945-1949), in: Frank Deppe, Georg Fülberth, Jürgen Harrer (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, (Vierte, aktualisierte und neu bearbeitete Auflage), Köln 1989, S. 414-470, hier S. 414-418.

5 Weiß-Hartmann, Hecker: Neuordnung oder Restauration, S. 418-424.

6 Alliiertes Kontrollrat: Gesetz Nr. 22, Berlin, 10. April 1946, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Berlin 1946, S. 133.

7 Diese Generation wurde historiographisch und biographisch bereits, ua auf einer Tagung Anfang der 2000er Jahre versucht zu erfassen, Vgl. Peter Hübner: Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit. Prägungen – Funktionen – Leitbilder [Veranstaltungsbericht], in: Jahrbuch zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, 2004, S. 169-172.

8 Reinhard Opitz: Politische Ideologiekonzeptionen im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik, in: Ulrich Albrecht, Frank Deppe, Jörg Huffschild et al. (Hrsg.): Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979, S. 13-39, hier S. 28-34.

9 Vg. die Quellenedition Bernd Greiner, Kurt Steinhaus (Hrsg.): Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980.

10 Weiß-Hartmann, Hecker: Neuordnung oder Restauration, S. 424-435. Vgl. die Quellenedition: Ulrich Borsdorf, Hans O. Hemmer, Martin Martiny (Hrsg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien (=Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Themenkreis Geschichte, Band 3), Köln 1977, S. 270ff.

Industrien, Demontagen usw. geführt. Sehr weitgehend konnten sich hier die linken Kräfte durchsetzen, die Kämpfe fanden bis hin zum Generalstreik 1948 statt.

In den Konzeptionen rangen jedoch die als Klassenkampf ausgefochtene antifaschistisch-demokratische Neuordnung und die sozialpartnerschaftlich-wirtschaftsdemokratisch als „konstruktive Opposition“ erarbeitete Neuordnung miteinander.¹¹ Zum Zeitpunkt der Gründung des DGB im Oktober 1949 hatte man sich zum Marshall-Plan bekannt und den im Grundgesetz liegenden, weit hinter das Betriebsrätegesetz oder die Nachkriegsforderungen von Potsdam zurücktretenden Schritten zugestimmt.¹²

Umgang mit der Restauration und These 37

Der DGB blieb von diesem Widerspruch auch bei seiner Gründung nicht verschont: sich voll auf den Boden des neuen Staates stellend, also antikommunistisch und objektiv mit Westbindung, Kommunisten wurden bis Anfang der 1950er bereits weitgehend aus dem hauptamtlichen Apparat entfernt, gleichzeitig die Grundfesten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im Münchener Grundsatzprogramm ablehnend, dafür aber keine Konzeption habend, letztlich passiv auf den Wahlsieg der SPD hoffend.¹³ Die Restauration anerkennend, wurde die nicht auf staatliches Handeln Einfluss nehmenden US-Gewerkschaften in der ersten Ausgabe der neu gegründeten „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ als Vorbild für die DGB-Gewerkschaftsarbeit dargestellt. Aufmacher war die Spaltung in Weltgewerkschaftsbund und Internationale Vereinigung freier Gewerkschaften, insofern war es zusätzlich eine antikommunistische Abgrenzung nach Osten.¹⁴

In dieser Situation beschloss die KPD 1951 ihre Thesen zur gegenwärtigen Lage und den Aufgaben der KPD. Die Thesen behandeln zunächst ausführlich die ökonomischen Folgen der Aufrüstung, ihre politische und juristische Absicherung und die drohenden Folgen für die Arbeiterbewegung. Die KPD verortet sich selbst an der Seite der Sowjetunion, der VR China und den anderen sozialistischen Staaten, der nationalen Befreiungsbewegungen und der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staaten. In der Folge werden Vorschläge für einen gesamtdeutschen paritätischen Rat zur Erarbeitung der Bedingungen für eine Wiedervereinigung bestimmt.¹⁵

Die These 37 steht im Kapitel zur Bewegung gegen die Remilitarisierung. Darin wird unterstellt, die Gewerkschaftsführer hätten den Kampf gegen die Remilitarisierung „im Auftrag und im Interesse des amerikanischen Imperialismus und im Einklang mit den deutschen Monopolisten“ bewusst und planmäßig unterminiert. Dagegen müsse sich nun die Arbeiterbewegung, ausgehend

11 Weiß-Hartmann, Hecker: Neuordnung oder Restauration, S. 435-448, 454-460.

12 Weiß-Hartmann, Hecker: Neuordnung oder Restauration, S. 460-480. Vgl. zu diesem Abschnitt die Quellenedition Reinhold Billstein (Hrsg.): Neubeginn ohne Neuordnung. Dokumente und Materialien zur politischen Weichenstellung in den Westzonen nach 1945, Köln 1985.

13 Frank Deppe: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 199-1965, in: Frank Deppe, Georg Fülberth, Jürgen Harrer (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, (Vierte, aktualisierte und neu bearbeitete Auflage), Köln 1989, S. 471-575, hier S. 471-479.

14 Michael Freund: Die USA-Gewerkschaften im sozialen Weltkampf der Gegenwart, Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1950, S. 34-38.

15 Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD

von den Betrieben wieder aufrichten, beispielgebend seien die Bergarbeiter, die gegen die Panzerschichten auftreten. Die These endet mit der Kritik an Opportunismus, die politischen Fragen von der Gewerkschaftsarbeit zu trennen und an Sektierertum, sich von den Gewerkschaften fern zu halten.¹⁶

Die Instrumentalisierbarkeit der These 37 für die nun kommende antikommunistische Revers-Politik von DGB und besonders IG Metall entsteht vor allem aus der Unklarheit, woher die Schwächen der gewerkschaftlichen Position herrühren und der Überspitzung, mit der die Einschätzungen getroffen werden. Objektiv dient die Politik der Gewerkschaftsführung der Westintegration, das führt objektiv zur Verschärfung der Kriegsgefahr. Das heißt nicht, dass das der subjektive Anspruch selbst der rechten Gewerkschaftsführer ist, die zwar der Remilitarisierung zustimmen (Böckler 1950 und Fette 1951), erfasst aber nicht den Grund, aus dem sie das tun. Sie argumentieren damit, dass das kein gewerkschaftlicher Gegenstand sei, dass man damit nichts zu tun habe. Gegen diese Argumentation sich zu richten nimmt die Diskussion mit den gewerkschaftlichen Kadern und Funktionären auf, die diese Argumente, das zeigen die DGB-Kongresse 1952 bis 1954, ja auch überwinden. Die Arbeitsgemeinschaftspolitik wird als Teil der Kriegsvorbereitung angegriffen, was sie ja objektiv auch ist, aber es wird nicht überprüft, ob sich dieser Fakt auch im Bewusstsein des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers widerspiegelt. „*Sie [die rechten Gewerkschaftsführer, KB.] tun dies, damit die in- und ausländischen Monopolisten den dritten Weltkrieg vorbereiten können.*“ heißt es in der These. Also nicht der objektive Zusammenhang, sondern der subjektiv-bewusste Verrat wird angegriffen. Damit wird die objektive Funktion der sozialdemokratischen Ideologie der Nachkriegszeit, die Wirkung des Antikommunismus und der Totalitarismustheorie, die Anziehungskraft „des Westens“ unterschätzt.¹⁷

Mitbestimmung und Betriebsverfassungsgesetz

1950 stimmte der DGB dem Petersberger Abkommen der BRD mit den Westmächten zu, einer Einschränkung der Demontagen für einen Beitritt der BRD in die Ruhrbehörde und Vorstufen der europäischen Integration. Die Bundesregierung verband mit dieser Orientierung die massive Wiederverflechtung der Kohle- und Stahlindustrie, die auch organisatorische Wiedererstehung der deutschen Monopole.¹⁸ Aus den Kämpfen gegen die Demontagen, an denen an vielen Stellen KPD-Funktionäre an vorderster Front standen, wollten einige den Kampf um die Neuordnung, also die Entmachtung des Großkapitals anschließen. Mit dem Petersberger Abkommen wurden die Betriebe enthalten, um sie dann in den Dienst der Wiederaufrüstung zu stellen. Die sich daran anschließende

16 Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD, S. 355-357.

17 Dieser Fehler wird mit der schlimmeren Überspitzung sogar die Nutzung der Aufsichtsräte als Verrat auszulegen und der Forderung nach dem revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes im Programm der nationalen Wiedervereinigung von 1952 sogar noch gesteigert. Parteivorstand der KPD: Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands, Düsseldorf, November 1952, S. 14 und 16.

18 Jörg Huffschnid: Marktwirtschaft in der Bundesrepublik. Geschichte – Probleme – Perspektiven, in: Ulrich Albrecht, Frank Deppe, Jörg Huffschnid et al. (Hrsg.): Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1979, S. 40-77, hier S. 64/65.

Diskussion um die Mitbestimmung wurde 1950 mit der Montanmitbestimmung für die wichtigsten Bereiche sehr weit gefasst und 1952 mit dem Betriebsverfassungsgesetz verloren.

Anstatt die Mitbestimmungsrechte konsequent nutzen zu dürfen, wurden die Betriebsräte festgelegt auf die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ „zum Wohle des Betriebs und der Arbeitnehmer“, den Betriebsräten wurde der Arbeitskampf verboten, der „Betriebsfrieden“ wurde entscheidend. Die realen, „scharfen“ Mitbestimmungsrechte beschränken sich auf die sozialen Angelegenheiten. *Otto Brenner*, der Vorsitzende der IG Metall findet im Gesetz den „spezifisch nationalsozialistische Ideologie von der Volks- und Betriebsgemeinschaft“, und „Die dem Gesetz innewohnende Ideologie entspricht einer Zeit, die wir 1945 ein- für allemal überwunden glaubten. Ein Textvergleich mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 macht deutlich, was ich meine.“ Der DGB erlässt einen Kampfaufruf, der nach Auffassung von vielen Gewerkschaftern bis hin zum Generalstreik gesteigert werden soll, er bricht den Kampf dann ab um mit Adenauer zu verhandeln. Adenauer gewinnt Zeit und der DGB gibt den Aufruf heraus „Wählt einen besseren Bundestag“.¹⁹ Die KPD stellt fest: „Um den Arbeitern die ständig steigenden Lasten der Okkupation und Kriegsvorbereitungen und des Besatzungsregimes aufbürden zu können, schuf das Adenauer-Regime ein Antigewerkschaftsgesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, das die Gewerkschaften zur Ohnmacht verdammen und die Arbeiter zu Sklaven der Rüstungsproduktion machen soll.“²⁰ 1954 wurde unter Leitung des faschistischen Arbeitsrechtlers Hans-Carl Nipperdey das Bundesarbeitsgericht gegründet, dass das deutsche Richterrecht begründete. 1955 wurde mit dem Personalvertretungsgesetz die Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz auf den öffentlichen Dienst übertragen.²¹

Der öffentliche Dienst wird in dieser Zeit massiv aufgebaut (1960 gibt es 1 Million mehr Beamte als 1950) und ein relativ größerer Teil der Arbeiterklasse arbeitet als Angestellte (1950 3 Arbeiter auf einen Angestellten, 1977 ist das Verhältnis 1:1).²² Der damit erlebbare individuelle Aufstieg ist Teil der materiellen Integration, die durch die individualisierenden Vorschriften von Betriebsverfassungsgesetz wie Personalvertretungsgesetz juristisch abgesichert werden. Die massive Integrationsleistung wurde von der KPD unterschätzt, 1948 veröffentlicht der Parteivorstand die Erklärung zur politischen Lage, hier geht er von der Notwendigkeit der kommenden Krise aus und fordert auf diese vorbereitende Kämpfe, die den Zugang zu nationalen und friedenspolitischen Fragestellungen bei Ausbruch der Krise erleichtern sollten.²³

Remilitarisierung

Nach dem Herbst 1950 stimmen erst Hans Böckler und dann Christian Fette der Remilitarisierung zu. Gegen das Blitzgesetz 1951 – das Verbot von FDJ, DFD usw – unternahm der DGB nichts.

19 Deppe: Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 487-501.

20 Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands, S. 10.

21 Deppe: Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 487-501.

22 André Leisewitz: Die Klassen- und Sozialstruktur der Bundesrepublik, in: Ulrich Albrecht, Frank Deppe, Jörg Huffschild et al. (Hrsg.): Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1979, S. 78-121, hier S. 88/89.

23 Parteivorstand der KPD: Erklärung zur politischen Lage, als Manuskript gedruckt, Dortmund oJ [1948], S. 16/17.

Auch den Antrag auf das Verbot der KPD kommentierte er nicht, forderte aber das zum Verbot der SRP und spielte damit der Totalitarismus-Theorie in die Hände. Diese wurde auch mehr und mehr Leitlinie seiner eigenen inneren Argumentation.²⁴

Hier machte sich die starke Stellung der SPD und damit ihres antikommunistischen Vorsitzenden Schumacher bemerkbar, eine der Vorlagen zum „Blitzgesetz“ war der Gesetzesentwurf gegen die „Feinde der Demokratie“ von 1950, sein Autor: Schumacher und der SPD-Parteivorstand. Aktionen der Jugend gegen die SRP wollte man nur unter der Auflage von Aktionen gegen FDJ und KPD gutheißen, gegen Aktionen der Gewerkschaftsjugend dagegen sei man grundsätzlich, sonst hätte „man da die KP mit drin“, nach der faschistischen Hetzrede Wolfgang Hedlers (DP, Deutsche Partei, eine der Bündnisparteien in Adenauers Bürgerblock), will man nicht nur Hedler, sondern auch Reimann Redeverbot erteilen.²⁵

Der Widerspruch wurde aber scharf und klar sichtbar: Fette und Hans von Hoff, Befürworter des Schuhmann-Plans und der Remilitarisierung wurden auf dem 2. Bundeskongress im Oktober 1952 in Westberlin nicht erneut gewählt, der 3. Bundeskongress fasste 1954 endlich einen klaren Beschluss, die Remilitarisierung würde die Restauration absichern und sei daher abzulehnen.²⁶ Das war inhaltlich klar, aber zu einem Zeitpunkt, an dem die Würfel bereits gefallen waren.

Parallel zur Remilitarisierung wurde aber auch die Brutalität der staatlichen Repression erhöht. Als das von einem Pfarrer, einem Pfadfinder-Vorsitzenden und einem Gewerkschaftssekretär der IG Post einberufene „Deutschlandtreffen der Jugend“ mit 10.000en durch Essen zog, orchestrierten V-Leute Krawalle, die Polizei gab den Schießbefehl, drei junge Menschen, Bernhard Schwarze, Sozialdemokrat aus Münster, Albert Bretthauer, Gewerkschafter aus Kassel und Phillip Müller, Mitglied von FDJ und KPD aus München wurden von hinten angeschossen, Schwarze und Bretthauer überlebten, Müller war das erste Opfer eines Polizeimordes in der Geschichte der BRD.²⁷

Verarbeitung der Niederlagen

Die Niederlagen und der Anpassungskurs traf auf eine Arbeiterklasse, auf deren Rücken das Wirtschaftswunder ausgetragen wurde, die BRD hatte die niedrigsten Löhne im Vergleich zu den 16 entwickeltesten Industriestaaten, dafür aber die höchsten Preise, die Arbeiter arbeiteten 51-52 Stunden die Woche. In den Betrieben wurde ab 1955 die Situation schwunghaft besser, ohne dass dem Kampferfahrungen zugrunde lagen. Netto und real stiegen die Löhne pro Jahr um ca 5%.²⁸ Auf die materielle Integration folgte dann die ideologische Integration mittels der Individualisierung und

24 Deppe: Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 479-484.

25 Ulla Plener: Kurt Schumacher 1949-1952. Die innere Gestaltung der BRD im Schatten seines Antikommunismus, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 3, 2002, S. 93-106.

26 Deppe: Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 479-487.

27 Vgl. den sonst in seiner Gleichsetzung von in faschistischer Tradition stehender Gewalt zur Durchsetzung imperialistischer Klassenziele und sozialistischer Staatsgewalt unbrauchbaren Aufsatz Horst Klein: Phillip Müller – Erinnerungen an den ersten Demonstrationstoten der BRD im kalten Krieg, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2003, S. 99-105.

28 Huffschild: Marktwirtschaft, S. 46.

Verrechtlichung der betrieblichen Auseinandersetzungen. Auf dann dennoch um sich greifende Kämpfe wurde medial und durch Polizeigewalt massiv reagiert, die Metallarbeiterstreiks in Hessen und Bayern oder der Kampf um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.²⁹

In den innergewerkschaftlichen Debatten wurden zur Verarbeitung dieser Situation alte Muster der Gewerkschaftstheorie der Sozialdemokratie vor 1933 wieder aufgenommen. Die Wirtschaftsdemokratie, die Volksgewerkschaft, die einen politischen Gestaltungsanspruch innerhalb des bürgerlich-kapitalistischen Systems habe und sich deswegen gegen linke wie rechte Systemveränderer stellen müsse stand der Orientierung der Klassengewerkschaft gegenüber, die das Klasseninteresse mit dem der Gesamtheit identifiziert und die Überwindung des Klassengegners zur Grundlage des Kampfes macht. Vertreter letzterer Orientierung wie Willi Agatz³⁰ wurden ausgegrenzt und verloren ihre Positionen.³¹

Aufschwung der Friedensbewegung nach 1954

Gegen weitere Aufrüstungsbestrebungen entstand 1955 die Paulskirchen-Bewegung von SPD und DGB, 1956 fasste der Hamburger DGB-Bundeskongress klare Beschlüsse gegen die weitere Aufrüstung, der Appell der Göttinger Wissenschaftler 1957 mündete in die „Kampf dem Atomtod“-Bewegung 1958. Während SPD und DGB nach dem Urteil gegen die Volksbefragung die Mobilisierung aufgab, entwickelten sich die Aktivitäten weiter zur Ostermarschbewegung und mündeten in die Gründung der Deutschen Friedens-Union 1960. In all diesen Bewegungen spielte sich auch die Auseinandersetzung zwischen integrationistischen und autonom orientierten Kräften innerhalb der Arbeiterbewegung ab, die autonom orientierten Kräfte, allen voran die Kommunisten der ab 1956 illegalen KPD, griffen die Mobilisierungschancen auf.³²

In den Betrieben wirkt das „Wirtschaftswunder“ bei weitgehender Streikstille weiter, mit der von der Regierung geförderten „Vermögensbildung“ unter dem Stichwort der „Volksaktien“ lassen sich Staat und Unternehmer die Integration richtig Geld kosten, während sie gleichzeitig die Montanmitbestimmung unterlaufen, sie gründen Holdings, in denen die Mitbestimmung dann nicht mehr greift und Automatisierung und Technisierung der Produktion die Arbeit massiv verdichten.³³ Hatte aufgrund der besonderen Bedingungen des kapitalistischen Aufbaus der BRD die Kapitalausweitung nicht zur Krise geführt werden durch die Automatisierungsschübe die Krise

29 Deppe: Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 501-513.

30 Vgl. Till Kössler: Doppelte Loyalitäten: Willi Agatz, die KPD und die Durchsetzung gewerkschaftlicher Einheit nach 1945, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Heft 35/2006, S. 85-99. Dem Autoren fehlt das Kontextwissen der KPD-Gewerkschaftspolitik und der Änderungen vor allem seit dem VII. Weltkongress, er kann außerdem von Kommunisten besprochene dialektische Widersprüche nicht verstehen, insofern sind seine Einlassungen zur KPD-Gewerkschaftspolitik weitgehend unhilfreich und dienen antikomunistischen Stereotypen die selbst dort, wo wie bei Agatz Funktionäre dem Stereotyp widersprechen, nicht hinterfragt werden. Die biographischen Angaben stimmen wenigstens.

31 Deppe: Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 513-527.

32 Deppe: Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 527-534.

33 Deppe: Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 534-545.

1965 vorbereitet. Durch die Beendigung der letzten Entkartellierungsbestrebungen ermöglichte die Bundesregierung die Rekonstruktion der Großbanken und die Neugliederung zB der IG Farben.³⁴

Der Streik der Schleswig-Holsteinischen Metallarbeiter 1956/57 war eine Reaktion auf die Arbeitsverdichtung und die sich daraus ergebenden höheren Krankenzahlen, die Schlichtung wurde zweimal abgelehnt, die IG Metall vom Bundesarbeitsgericht zur Strafzahlung verurteilt, und trotzdem hielten die Kollegen durch, nach 16 Wochen Streik hatten sie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erkämpft, die kurze Zeit später zur Integration genutzt wurde, indem die Bundesregierung den Fortschritt allgemeinverbindlich zum Gesetz machte.³⁵

34 Hoffschmid: Marktwirtschaft, S. 50/51, 60.

35 Deppe: Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 554-556.

Abschlussthesen

1. Die ideologische Breite des Nachkriegskonsens war bereits vor, besonders aber nach 1945 Angriffen ausgesetzt. Die Erkenntnis, dass in allen politischen Lagern der Kampf zwischen Nachkriegskonsens und dessen Aufkündigung (also zwischen Antifaschismus und Antikommunismus) ausgefochten wurde, bedeutete eine umfassende, in Massen gehende Bündnispolitik. Es muss konstatiert werden, dass dennoch eine graduell zunehmende Isolation der Antifaschisten und Friedenskämpfer, an ihrer Spitze der Kommunisten erfolgte.
2. Auf die Niederlage im Kampf gegen die Restauration und den Aufbau der Bundeswehr 1951 reagierten linke Kräfte in den Gewerkschaften und auch die KPD mit dem Fehler der einfachen Negation. Gerade nicht die Binnendifferenzierung, in der sich der Kampf um den Nachkriegskonsens abspielte, sondern die vereinfachte Messung an für die Kommunisten glasklaren Tatsachen (ohne die Überprüfung, ob sie das auch für die Arbeiterklasse, die gewerkschaftlichen Funktionäre, die Bündnisschichten und -partner waren) wurde zur Linie der Partei. Fehler wurden auch nach innen zu stark als Kader- und zu wenig als eigene inhaltliche Probleme gesehen.
3. Richtigerweise erkannte die KPD den Zusammenhang von betrieblicher Rechteinschränkung und massiver, repressionsbewehrter Integration in den Betrieben durch das Betriebsverfassungsgesetz und der Remilitarisierung. Bis auf in Einzelfällen wurde der aber selbst offensiven gewerkschaftlichen Friedenskämpfern (die 1952 Fette und vom Hoff abwählten und 1954 die klare Position gegen die Militarisierung durchsetzten) nicht klar.
4. Gleichzeitig waren der Kampf um den Wiederaufbau der Betriebe, ihre Entnazifizierung, gegen die Demontagen, um die Mitbestimmung und gegen die Rationalisierungsschübe Ausgangspunkte zur Vertiefung des Friedenskampfes, in allen Phasen der größeren Anschübe der Friedensbewegung finden wir betriebliche Ausgangs- und Ansatzpunkte.
5. Aus These 3 und 4 ergibt sich auf der einen Seite die große Bedeutung der unmittelbar betrieblichen Mobilisierung für den Friedenskampf, auf der anderen Seite auch die Schwierigkeit, das gegen Integration, Individualisierung und Verschleierung zu nutzen. Das ist der zentrale Widerspruch, vor dem die Mobilisierung der KPD in der Nachkriegszeit steht.
6. Die Schwierigkeit einer sowohl breiten als auch einheitlichen Arbeit unter den Bedingungen grassierenden Antikommunismus, verschärfter Repression und versuchter Isolation können anhand der KPD studiert werden. Ihre Antwort, Schwächen im wesentlichen in Feigheit oder Sektierertum der Kader zu sehen, erscheint uns heute zu einfach. Bevor die Kader zur entscheidenden Größe werden, muss die politische Linie die Eindeutigkeit der Position der Partei mit der Differenziertheit des Herangehens an die Bündnispartner richtig erarbeiten. Das geschah – von den Ergebnissen des Parteitags 1951 über das Programm der nationalen Wiedervereinigung – immer weniger. Die Breite des Bündnisses wurde immer weiter propagiert, immer weniger aber real politisch erarbeitet.

Literatur

- Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD. Entschließung des Münchener Parteitags, 3.-5.3.1951, ediert in: Günther Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945-1968. Dokumente, Neuss 1989, S. 335-380.
- Widerstand gegen Militarisierung und Sozialabbau organisieren – Wir kämpfen für Heizung, Brot und Frieden. Handlungsorientierung, beschlossen auf dem 26. Parteitag der DKP, Frankfurt am Main 2025, uz-blog, 14.7.2025.
- Alliiertter Kontrollrat: Gesetz Nr. 22, Berlin, 10. April 1946, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Berlin 1946, S. 133.
- Reinhold Billstein (Hrsg.): Neubeginn ohne Neuordnung. Dokumente und Materialien zur politischen Weichenstellung in den Westzonen nach 1945, Köln 1985.
- Ulrich Borsdorf, Hans O. Hemmer, Martin Martiny (Hrsg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien (=Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Themenkreis Geschichte, Band 3), Köln 1977.
- Frank Deppe: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 199-1965, in: Frank Deppe, Georg Fülberth, Jürgen Harrer (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, (Vierte, aktualisierte und neu bearbeitete Auflage), Köln 1989, S. 471-575.
- Michael Freund: Die USA-Gewerkschaften im sozialen Weltkampf der Gegenwart, Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1950, S. 34-38.
- Bernd Greiner, Kurt Steinhaus (Hrsg.): Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980.
- Peter Hübner: Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit. Prägungen – Funktionen – Leitbilder [Veranstaltungsbericht], in: Jahrbuch zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, 2004, S. 169-172.
- Jörg Hufschmid: Marktwirtschaft in der Bundesrepublik. Geschichte – Probleme – Perspektiven, in: Ulrich Albrecht, Frank Deppe, Jörg Hufschmid et al. (Hrsg.): Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1979, S. 40-77.
- Horst Klein: Phillip Müller – Erinnerungen an den ersten Demonstrationstoten der BRD im kalten Krieg, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2003, S. 99-105.
- Till Kössler: Doppelte Loyalitäten: Willi Agatz, die KPD und die Durchsetzung gewerkschaftlicher Einheit nach 1945, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Heft 35/2006, S. 85-99.
- Otto Kloock: Über einige Schwächen der Massenagitation unserer Partei, in: Wissen und Tat, 8-9/1950, S. 34-40.

- André Leisewitz: Die Klassen- und Sozialstruktur der Bundesrepublik, in: Ulrich Albrecht, Frank Deppe, Jörg Hufschmid et al. (Hrsg.): Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1979, S. 78-121.
- Reinhard Opitz: Politische Ideologiekonzeptionen im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik, in: Ulrich Albrecht, Frank Deppe, Jörg Hufschmid et al. (Hrsg.): Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979, S. 13-39.
- Parteivorstand der KPD: Erklärung zur politischen Lage, als Manuskript gedruckt, Dortmund oJ [1948].
- Parteivorstand der KPD: Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands, Düsseldorf, November 1952.
- Ulla Plener: Kurt Schumacher 1949-1952. Die innere Gestaltung der BRD im Schatten seines Antikommunismus, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 3, 2002, S. 93-106.
- Anne Weiß-Hartmann, Wolfgang Hecker: Neourdnung oder Restauration – die Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit (1945-1949), in: Frank Deppe, Georg Fülberth, Jürgen Harrer (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, (Vierte, aktualisierte und neu bearbeitete Auflage), Köln 1989, S. 414-470.